

Florian Fliegner

Die Unterschicht und der »Bremer Entwurf«

Auch wenn der Bremer Programmentwurf den Begriff »Unterschicht« vermeidet, wird der damit verbundenen Problematik ein hoher Stellenwert eingeräumt. Von der Entstehung einer »Neuen Unterschicht« kann nach Ansicht des Autors ohnehin keine Rede sein. Die linkspopulistische These, die Reichen würden immer reicher und die Armen immer ärmer, stimme nämlich nur begrenzt. Seit Ende der 90er Jahre sei das Verhältnis zwischen Haushalten, die Einkommenszuwächse und jenen, die Verluste zu verzeichnen hatten, relativ stabil.

Seit den ersten Veröffentlichungen aus der Studie *Gesellschaft im Reformprozess* im Oktober 2006 ist in Deutschland viel über die Begriffe »abgehängtes Prekariat« und »Unterschicht« diskutiert worden. Im Zuge der öffentlichen Diskussion haben sich führende Kreise der SPD durch eine merkwürdig anmutende Scheu hervorgetan, den Begriff Unterschicht zu verwenden. Es wäre der Versachlichung der öffentlichen Debatte sicher zuträglich, zunächst einmal zu klären, was unter diesem Begriff überhaupt verstanden werden soll. Die Unterschicht ist keinesfalls eine Füllung, mit der nur weltfremde Soziologen etwas anfangen können. Die Menschen in diesem Land nehmen die Einteilung der Gesellschaft in eine Ober-, Mittel- und Unterschicht als Teil ihrer alltäglichen Lebenswelt wahr. Als Unterschicht sollen vorliegend jene Menschen gelten, bei denen sich zumeist aufgrund geringer Bildung eine prekäre Lebenslage verfestigt hat. Das Konzept der Unterschicht ist somit zu unterscheiden von zwei anderen Konzepten sozialer Ungleichheit, mit denen die deutsche Sozialdemokratie wohl unbefangener operieren kann. Dies ist zum einen das Konzept der »Armut« und zum anderen das Konzept der »Arbeiterklasse«.

Als arm werden diejenigen bezeichnet, deren Einkommen unterhalb einer gewissen Grenze liegt. Die in westlichen Ländern häufig angesetzte Grenze beträgt 60 % des mittleren nationalen Einkommens

und somit handelt es sich um ein relatives und kein absolutes Maß. In Deutschland fallen je nach Messung etwa 13 bis 15 % der Bevölkerung unter diese Grenze. Wer arm ist, gehört nicht zwangsläufig auch der Unterschicht an. Aber für gut die Hälfte dieser Menschen ist Armut ein Dauerzustand. Und es sind gerade diese, die auf die besondere Unterstützung durch die Gesellschaft angewiesen sind. Wer das Gefühl hat, dauerhaft in Armut gefangen und von der gesellschaftlichen Entwicklung abgehängt zu sein, wird früher oder später resignieren und aufhören, eigene Initiativen zu entwickeln um seine Situation zu verbessern. Dass aber Menschen in diesem Land sich auf Sozialtransfers als einzige und dauerhafte Lebensgrundlage einrichten, kann weder für die Betroffenen noch für die Gesellschaft der richtige Weg sein. Die Politik muss hier Mittel und Wege finden, diesen Menschen Perspektiven aufzuzeigen. Wenn aber vor der Existenz dieser Bevölkerungsgruppe durch die Tabuisierung des Begriffs der »Unterschicht« die Augen verschlossen werden, dann besteht die Gefahr, dass diese Menschen durch das Raster sozialdemokratischer Politik fallen und somit noch weiter marginalisiert werden.

Auch mit dem Begriff der »Arbeiterklasse« ist die Unterschicht nicht gleichzusetzen. Die Arbeiterklasse markiert zwar wie die Unterschicht einen Bereich (hier Klasse genannt) innerhalb eines hierarchischen Modells der Gesellschaft,

der eher unten anzusiedeln ist; er bezieht sich aber auf den Erwerbsstatus der Betroffenen. Ausgeklammert sind demnach diejenigen, die über keinen Erwerbsstatus und oft nicht einmal über eine berufliche Qualifikation verfügen. Eine Politik, die sich darauf beschränkt, den Bedürfnissen der Arbeiterklasse gerecht zu werden, trägt das Risiko in sich, die Menschen unterhalb der Arbeiterklasse aus ihrem Blickfeld zu verlieren.

Gibt es einen Trend hin zu prekären Lebenslagen?

Die Unterschicht ist also ein klar von anderen abzugrenzendes Konzept. Es ist nun aber fraglich, ob es sich hierbei um ein neues Phänomen handelt, ob also von einer »Neuen Unterschicht« die Rede sein kann. Gibt es einen Trend, dass die Verfestigung prekärer Lebenslagen für immer weitere Teile der Bevölkerung zur Realität wird? Dieser Frage soll hier mit

Hilfe von Daten des *Sozio-ökonomischen Panels* (SOEP) in gebotener Kürze nachgegangen werden.

Abbildung 1 zeigt zum einen den Anteil der Haushalte, die zu zwei Zeitpunkten im Abstand von fünf Jahren im unteren Fünftel der Einkommensverteilung verblieben sind. Zum anderen wird die durchschnittliche Differenz in der Dauer der Ausbildung des Hauptverdieners zwischen Haushalten, die nach fünf Jahren im unteren Fünftel verblieben sind und jenen, die nach dieser Zeit den Aufstieg in höhere Einkommensschichten geschafft haben, dargestellt. Um einen möglichst langen Zeitraum betrachten zu können, wurde auf die Darstellung der Situation in den neuen Bundesländern verzichtet. Die Daten weisen darauf hin, dass die Zahl derjenigen, die als abgehängt gelten können, seit den 80er Jahren relativ stabil geblieben ist.

Der Anteil der Haushalte im unteren Einkommensbereich, der sich im Laufe

Abbildung 1: Entwicklungen im unteren Fünftel der Einkommensverteilung in den alten Bundesländern von 1987 bis 2004.

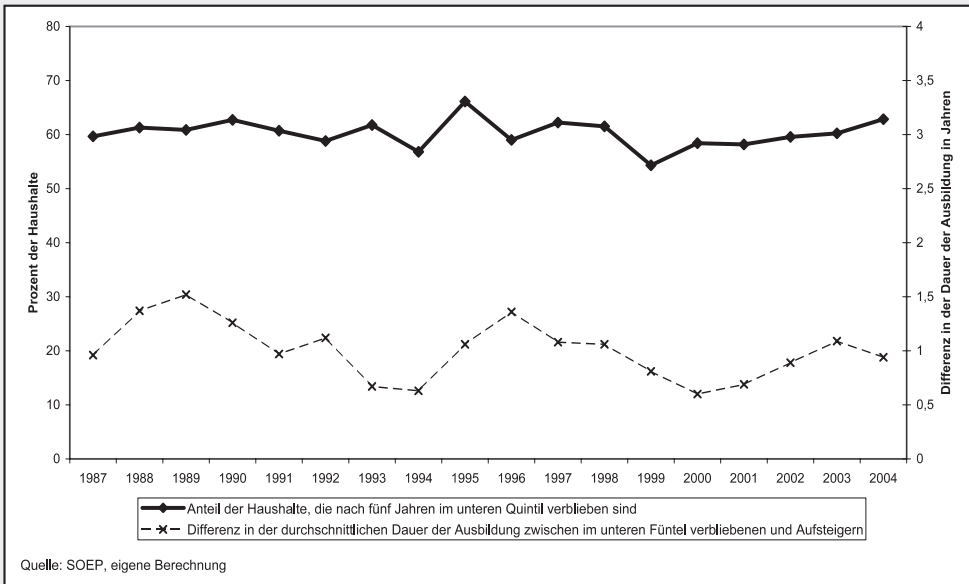
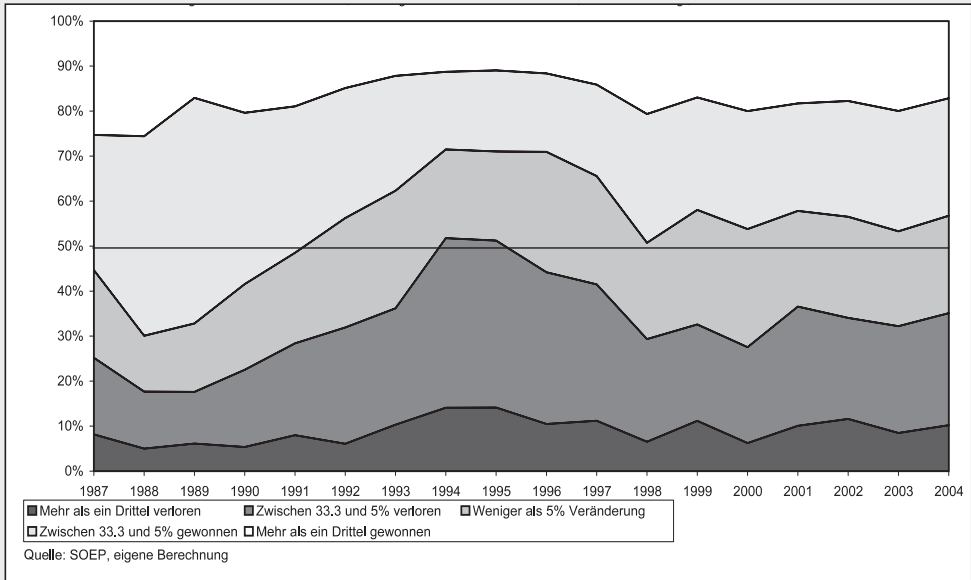


Abbildung 2: Veränderung des Realeinkommens von Haushalten, die im Lauf von fünf Jahren im unteren Fünftel verblieben sind.

Verfügbares Gesamteinkommen, bedarfsgewichtet nach OECD-II Skala, inflationsbereinigt, alte Bundesländer 1987 bis 2004.



von fünf Jahren nicht verbessern konnte, liegt mit nur geringen Abweichungen bei 60 %, was 12 % aller deutschen Haushalte entspricht. Bei der Bildung zeigt sich ebenfalls ein recht konstantes Bild. Ohne klare Tendenz nach oben oder unten zeigt sich, dass in Haushalten, die den Aufstieg in höhere Einkommensschichten vollzogen haben, der Hauptverdiener etwa ein Jahr länger in Ausbildung war, als in Haushalten, die im unteren Fünftel verblieben sind.

Die wahrgenommene Abkoppelung der Unterschicht geht häufig mit der Behauptung einher, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer würden. Die Daten bestätigen aber nur den ersten Teil dieser Behauptung. Aus einer Längsschnittuntersuchung der Daten ergibt sich, dass die Realeinkommen der Haushalte in den alten Bundesländern im oberen und unteren Bereich bis zum Beginn der 90er Jahre im Gleichschritt wuchsen. Danach stagnierten die Realein-

kommen im unteren Fünftel, während sie in den darüber liegenden Einkommensschichten weiter anstiegen.

Abbildung 2 widerlegt hingegen den zweiten Teil der Behauptung; zumindest für den Zeitraum seit Mitte der 90er Jahre. Unter den Haushalten, die nach fünf Jahren im unteren Fünftel der Einkommensverteilung verblieben waren, stieg der Anteil derjenigen, die in diesen fünf Jahren Einkommenseinbußen hinzunehmen hatten, bis 1994 an. Bis 1998 ging dieser Anteil wieder etwas zurück. Seither blieb das Verhältnis zwischen Haushalten, die Einkommenszuwächse und jenen die Verluste zu verzeichnen hatten, relativ stabil. Die Entstehung einer »Neuen Unterschicht« kann vor dem Hintergrund der Daten des *Sozioökonomischen Panels* somit nicht bestätigt werden. Es handelt sich vielmehr um ein altbekanntes Problem, das schon seit geraumer Zeit neuer Lösungsansätze bedarf.

Obwohl der Begriff »Unterschicht« im Bremer Entwurf an keiner Stelle fällt, wird der damit verbundenen Problematik ein hoher Stellenwert eingeräumt. Im Abschnitt *Die sozialen Fragen unserer Zeit* ist von Menschen die Rede, die drohen »von den Chancen der Zukunft abgekoppelt zu werden«. Wobei der Chancengleichheit in der sozialdemokratischen Politik eine sehr zentrale Rolle zukommt, wenn es darum geht, die Grundwerte der SPD durchzusetzen. Unter dem Stichwort Gerechtigkeit wird festgestellt: »Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunftsunterschiede dürfen nicht zum Schicksal werden. [...] Eine gerechte Politik garantiert gleiche Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Gütern, Chancengleichheit und eine der Leistung angemessene Einkommens- und Vermögensverteilung.«

Der gerechte Zugang zur Bildung wird im Programmentwurf zu Recht als die wichtigste Voraussetzung zur Herstellung von Chancengleichheit gesehen. Es verwundert daher nicht, dass diesem Thema ein eigenes Kapitel eingeräumt wird. In fünf Dimensionen werden die sozialdemokratischen Ideen zur Bildungspolitik dargestellt: »Bildung von Anfang an«, »Gemeinsam lernen«, »Die berufliche Ausbildung modernisieren«, »Das Studium und die Forschung stärken« sowie »Weiterbildung in der lernenden Gesellschaft«. Nicht alle diese Dimensionen berühren die Interessen der Unterschicht in gleichem Ausmaß. Eine Bildungspolitik, die darauf ausgerichtet ist, den Menschen am unteren Rand der Gesellschaft Perspektiven zu geben, muss vor allem zum Ziel haben, die Abhängigkeit der Bildungskarrieren von der Herkunft und Bildung der Eltern zu überwinden. Wie jedoch die aktuelle PISA-Studie der OECD gezeigt hat, schneidet Deutschland in dieser Hinsicht im internationalen Vergleich schlecht ab.

In der SPD hat sich offensichtlich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Weichen für die Bildungslaufbahn schon vor dem

Eintritt in die Schule gestellt werden. Unter dem Verweis, hierdurch herkunftsbedingte Benachteiligungen ausgleichen zu können, wird der gebührenfreie Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem zweiten Lebensjahr gefordert. Hierin spiegelt sich die Haltung wider, dass Kindertagesstätten nicht nur Verwahranstalten sind, bei denen Mütter ihre Kinder abgeben, um am Erwerbsleben teilnehmen zu können. Es geht vielmehr darum, dass solche Einrichtungen pädagogische Angebote machen können, die über die Möglichkeiten vieler Eltern hinausgehen. Daher ist zur Wahrung der Lebenschancen die frühkindliche Betreuung durch öffentliche Einrichtungen gerade auch für Kinder arbeitsloser Eltern dringend geboten.

Bildungszugang als entscheidender Faktor

Ähnlich verhält es sich mit der Forderung nach dem Ausbau der Ganztagschulen. Auch bei schulpflichtigen Kindern sind Eltern aus der Unterschicht häufig nicht in der Lage, ihre Kinder in der Freizeit so zu fördern, dass deren Chancen auf eine bessere Zukunft gewahrt bleiben. In den individuellen Betreuungsmöglichkeiten, welche die Ganztagschule bietet, liegt sicherlich großes Potenzial, um den Zusammenhang zwischen Bildungschancen von Kindern und ihrer sozialen Herkunft abzuschwächen. Dabei kann es sich aber immer nur um Angebote der Gesellschaft an die Familien handeln. Eine Bildungspolitik, die durch die Pflicht zum Besuch der Ganztagschule den Einfluss des Staates erhöhen wollte, liefe Gefahr, Eltern aus bildungsfernen Schichten als schlechte Eltern zu stigmatisieren und somit weiter auszugrenzen.

Die weiteren Dimensionen sozialdemokratischer Bildungspolitik beziehen sich auf die berufliche Ausbildung. Diese hat aber für die Schaffung gleicher Lebenschancen für Menschen aus der Unter-

schicht weit geringere Relevanz, als Bildung, die im Kindesalter erworben wird. Wenn nicht schon in der schulischen Ausbildung die Grundlagen für gleiche Lebenschancen unabhängig von sozialer Herkunft gelegt werden, dann ist die Abkoppelung der Unterschicht nicht mehr durch den Ausbau von beruflicher Aus- und Weiterbildung aufzuholen. Es ist zwar grundsätzlich wichtig, dass sich Politik dafür einsetzt, dass für Jugendliche ein Ausbildungsplatz vorhanden ist, allerdings muss auch sichergestellt werden, dass jeder Jugendliche im Rahmen seiner Schulbildung das nötige Rüstzeug mit auf den Weg bekommt, um den Anforderungen der Arbeitswelt gerecht zu werden. Hierin besteht im Interesse der Unterschicht der wesentliche Handlungsbedarf. Ebenso wird die Forderung, den Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Familien zu erhöhen, ein frommer Wunsch bleiben, wenn nicht schon in der schulischen Ausbildung dafür Sorge getragen wird, dass auch Kinder der Unterschicht die gleichen Chancen bekommen, die Hochschulreife zu erlangen.

Unbestreitbar ist der verbesserte Zugang zur Bildung der entscheidende Faktor, um Menschen aus der Unterschicht langfristig Perspektiven zu geben. Aber nicht alle Betroffenen können mit einer Bildungsoffensive erreicht werden. Zum einen sind da jene, die ihre Bildungslaufbahn hinter sich haben, für die also Bildungsmaßnahmen zu spät kommen. Zum anderen sollte man sich darüber im Klaren sein, dass es immer einen gewissen Anteil der Bevölkerung geben wird, der, warum auch immer, die Schullaufbahn nicht erfolgreich beenden wird. Leider bleibt der verbesserte Zugang zur Bildung der einzige Weg, auf dem sich die SPD in ihrem Programmentwurf der Unterschichtproblematik annimmt. Es finden sich keine Ansätze, wie Menschen, denen es an Bildung mangelt, auf anderen Wegen Perspektiven gegeben werden können.

Und eine Perspektive zu haben, bedeutet in diesem Zusammenhang in erster Linie, eine Beschäftigung zu haben. Möchte man diesen Menschen eine Arbeit geben, so erweist sich die im Programmentwurf mehrfach implizit gestellte Forderung als problematisch, dass Beschäftigung existenzsichernd zu sein hat. Es ist davon auszugehen, dass es in der Unterschicht Menschen gibt, die zwar in der Lage sind, einer Arbeit nachzugehen, deren Leistungsfähigkeit aber vom Arbeitsmarkt so gering bewertet wird, dass daraus keine existenzsichernde Beschäftigung zustande kommen kann.

Mit anderen Worten: Es gibt einen Teil der Unterschicht, für den es sich unter den Bedingungen des Marktes nicht lohnt, arbeiten zu gehen. Für diese Menschen ist es sehr wahrscheinlich, dass sie nahezu ihr ganzes Leben aus Sozialtransfers finanziert werden. Dieser Zustand ist jedoch weder für die Betroffenen noch für die Gesellschaft befriedigend. Daher sollte darüber nachgedacht werden, ob man hier nicht von der Vorstellung abrücken sollte, dass Beschäftigung grundsätzlich existenzsichernd zu sein hat. Es müsste in diesem Zusammenhang mehr über Möglichkeiten nachgedacht werden, wie dieser Personenkreis seinen Lebensunterhalt dauerhaft, sowohl aus eigener Arbeit als auch aus Sozialtransfers, bestreiten kann. Derzeit sind die Zuverdienstgrenzen für Empfänger bedarfsgeprüfter Transferleistungen jedoch gering und starr. Für diesen Bereich flexiblere Modelle anzudenken, ist der wesentliche Nachholbedarf, der sich aus dem Bremer Programmentwurf der SPD im Hinblick auf die Unterschichtdebatte ergibt.



Florian Fliegner (*1975) arbeitet bei der *European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions* in Dublin. Sein Forschungsschwerpunkt ist die international vergleichende Wohlfahrtsforschung.